

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
§ 1 <i>Einführung in die Untersuchung</i>	1
I. Ausgangsbeobachtung	1
II. Forschungsstand	2
III. Fragestellung	5
IV. Gang der Untersuchung	6

Kapitel 1: Die individualrechtlichen Aspekte der Rechtsregime in einer historischen Darstellung	9
--	---

§ 2 <i>Individualrechtliche Aspekte im türkisch-europäischen Assoziationsverhältnis</i>	10
I. Die Assoziationsabkommen der Europäischen Union als außenpolitisches Instrument: Ein Abriss	10
II. Die Dokumente des türkisch-europäischen Assoziationsverhältnisses	12
1. Der Abschluss des Assoziationsabkommens 1963	13
2. Das Zusatzprotokoll 1973	16
3. Die Assoziationsratsbeschlüsse	18
a. Der Assoziationsratsbeschluss 2/76	19
b. Der Assoziationsratsbeschluss 1/80	20
c. Der Assoziationsratsbeschluss 3/80	23
d. Fazit	24
4. Der geplante Beitritt der Türkei zur Europäischen Union	24
III. Türkische Staatsangehörige als Drittstaatsangehörige in der Europäischen Union	28
1. Begriff und Entwicklung der Kategorie des „Drittstaatsangehörigen“ im Recht der Europäischen Union	28
2. Die primärrechtlichen Grundlagen	30
3. Die sekundärrechtlichen Regelungen	31
4. Fazit: Die Kategorie der Drittstaatsangehörigen als Verstärkung individueller Aspekte für türkische Staatsangehörige	34

IV. Zusammenfassung	34
<i>§ 3 Die Unionsbürgerschaft der Europäischen Union als Vergleichsobjekt ..</i>	<i>35</i>
I. Eine kurze Darstellung der historischen Entwicklung	35
II. Die primärrechtlichen Grundlagen der Unionsbürgerschaft	39
III. Die sekundärrechtlichen Grundlagen der Unionsbürgerschaft	41
IV. Aktuelle Diskussionen zur Unionsbürgerschaft.....	43
Kapitel 2: Der Assoziationsstatus türkischer Staatsangehöriger in der Europäischen Union	45
<i>§ 4 Der öffentlich-rechtliche Status als Rechtsbegriff</i>	<i>46</i>
I. Der Begriff des Status in der Rechtswissenschaft	46
1. Einführung: Die bisherigen Verwendungsvarianten des Statusbegriffs.....	46
2. Ausgangspunkt der Diskussion: Arendts „Recht, Rechte zu haben“....	47
II. Genese des Statusbegriffes: Das Individuum und der Staat – Die Staatsangehörigkeit	48
1. Die Entwicklung der „Staats“-Angehörigkeit: Die Beziehung des Individuums zum territorial verfassten Staat.....	49
a. Der „Unterthan“ als Ausgangspunkt einer einheitlichen Angehörigkeit	49
b. Der „Staats“bürger an der Wende zum 19. Jahrhundert und die Idee des Herrschafts- und Gesellschaftsvertrags.....	49
c. Der Begriff der „Nationalität“ und die einheitliche Staatsangehörigkeit.....	50
d. Die Entwicklung der „Staats“-Angehörigkeit im 19. Jahrhundert...	51
2. Der „moderne“ Staatsangehörigkeitsbegriff und der Zugehörigkeitsdiskurs	52
3. Der Rechtscharakter der Staatsangehörigkeit: Die Unterscheidung zwischen Rechtsverhältnis und Status.....	53
4. Rückschlüsse auf statusspezifische Charakteristiken	55
III. Genese des Statusbegriffes: Das Individuum jenseits des Staates – Die Unionsbürgerschaft	56
1. Der Status ohne Staat	56
2. Die Entwicklung der Unionsbürgerschaft im Unionsrecht.....	57
a. Der Binnenmarkt der Römischen Verträge.....	58
b. Die institutionelle Ebene: Die Direktwahl zum Europäischen Parlament.....	58
c. Die Einheitliche Europäische Akte	59

d. Die Unionsbürgerschaft im Recht des Vertrages von Maastricht	60
3. Die Verwendung des Statusbegriffs im Diskurs der Unionsbürgerschaft	61
a. Meinungen in der Literatur: Einfaches Rechtsbündel oder Status ...	62
b. Die Unionsbürgerschaft als der „fundamentale Status der Angehörigen der Mitgliedsstaaten“ in der Rechtsprechung des Gerichtshofs	64
(1) Die Feststellung des Status und die sich daraus ergebenden Rechte	64
(2) Die Trennung zwischen Status und den sich daraus ergebenden Rechten	65
(3) Der rechtliche Schutz der Unionsbürgerrechte aufgrund des Status	66
(4) Der faktische Schutz des Unionsbürgerstatus	67
(5) Konkretisierung der Statusrechtsprechung: McCarthy, Dereci u.a.	69
4. Zwischenfazit zur Genese des Unionsbürgerstatus	71
IV. Die Charakteristiken zur Bestimmung des öffentlich-rechtlichen Status	71
1. Die Beziehung von Status und individuellen Rechten	72
a. Der öffentlich-rechtliche Statusbegriff und das Verhältnis zu den Menschenrechten	72
b. Der öffentlich-rechtliche Status und die Verknüpfung mit individuellen Rechten	73
2. Prägende Charakteristiken des Status	76
a. Der kreierende Akteur: Eine direkt wirkende Hoheitsgewalt	77
b. Die Existenz von Erwerbs- und Verlustregelungen	77
c. Ausrichtung auf die Dauerhaftigkeit eines Status	79
d. Eine vorwärts ausgerichtete dynamische Entwicklung eines Status	80
e. Die Schutzwirkung eines Status auf die mit ihm verbundenen individuellen Rechte	81
V. Fazit	83
§ 5 <i>Ein Status aufgrund eines Assoziationsabkommens der Europäischen Union</i>	84
I. Eine rechtliche Einordnung von Assoziationsabkommen	84
1. Der Grundansatz der Assoziation: Die Zusammenarbeit zwischen Staaten	85
2. Assoziationsabkommen im Recht der Europäischen Union	85
II. Der Bezugspunkt eines Status im Assoziationsabkommen	88

1. Das Instrument „Assoziationsabkommen“ als Grundlage eines Status	88
2. Die Besonderheit des gemischten Abkommens	91
3. Fazit: Die Geeignetheit des Assoziationsabkommens als Bezugspunkt eines Status	94
III. Ein Status aufgrund des Assoziationsabkommens	94
1. Die erforderliche Dynamik anhand eines Entwicklungsziels	95
2. Die Festlegung des Zugangs und des Verlusts des Status	96
3. Die Durchsetzung individueller Rechte eines Assoziationsabkommens	98
a. Die unmittelbare Anwendbarkeit assoziationsrechtlicher Regelungen	98
(1) Die unmittelbare Anwendbarkeit im Unionsrecht	99
(a) Grundkonzept: Individuelle Rechte als Ausdruck staatlicher Souveränität	99
(b) Unmittelbare Anwendbarkeit als Ausdruck rechtsstaatlicher Konzeption	100
(c) Voraussetzungen des Gerichtshofs für die unmittelbare Anwendbarkeit	101
(d) Wirkung der unmittelbaren Anwendbarkeit im Unionsrecht	102
(2) Die unmittelbare Anwendbarkeit assoziationsrechtlicher Normen	102
(a) Die abstrakte Möglichkeit der Übertragung der Wirkung der unmittelbaren Anwendbarkeit auf assoziationsrechtliche Normen	102
(b) Die Voraussetzungen des Gerichtshofs für die unmittelbare Anwendbarkeit assoziationsrechtlicher Regelungen	106
b. Individualbeschwerdemöglichkeiten	108
4. Stabilität durch Unveränderlichkeit: Die Sicherung der vorwärts ausgerichteten Entwicklung	110
IV. Die Gegenseitigkeit als Voraussetzung eines Status aufgrund eines Assoziationsabkommens?	111
V. Fazit: Charakteristiken eines Assoziationsstatus	112
§ 6 <i>Der Assoziationsstatus türkischer Staatsangehöriger</i>	114
I. Der Stand der Statusforschung: Ein Status oder ein Bündel wirtschaftlicher Rechte	114
II. Die Statusfähigkeit des türkisch-europäischen Assoziationsabkommens	116

1. Die unmittelbare Wirkung des Assoziationsabkommens EWG/Türkei.....	116
2. Einheitlichkeit der Auslegung als Stabilisierungsfaktor des Abkommens	118
3. Zwischenfazit: Das Assoziationsabkommen als Grundlage eines Status.....	120
III. Charakteristiken des Status der türkisch-europäischen Assoziation.....	120
1. Ein Entwicklungsziel und die notwendige institutionalisierte Dynamik.....	121
2. Unmittelbare Anwendbarkeit und Rechtsschutzmöglichkeiten: Die Abwehr von Rechtsverletzungen.....	122
a. Unmittelbare Anwendbarkeit des Primär- und Sekundärassoziationsrechts	122
b. Rechtsschutzmöglichkeiten	124
3. Die vorgegebene Entwicklung durch unmittelbar anwendbare Stillhalteklauseln	124
a. Die Funktion von Stillhalteklauseln in völkerrechtlichen Verträgen	124
b. Die unmittelbar anwendbaren Stillhalteklauseln im türkisch-europäischen Assoziationsabkommen: Stabilität und Dauerhaftigkeit	126
c. Dynamische Entwicklung durch Stillstand	129
4. Formale Festlegung des Zugangs zum und der Verlust des Status.....	134
a. Die Schutzberechtigten der Stillhalteklauseln	135
b. Die strikte Trennung von Rechten und Status und der Vergleich mit dem Unionsbürgerstatus	136
IV. Fazit: Der türkische Assoziationsstatus in der Europäischen Union.....	140

Kapitel 3: Unionsbürger und Assoziationsangehörige: Unterschiedliche Varianten eines bürgerschaftlichen Status?..... 143

§ 7 <i>Bürgerschaft als Leitbild eines Status</i>	144
I. Der Begriff des Leitbildes.....	144
II. „Bürgerschaft“ als Leitbild	145
1. Die „Bürgerschaft“ als Angehörigkeit und Ideal.....	146
a. Bürgerschaft und Staatsangehörigkeit	146
b. Das formelle und materielle Verständnis von Bürgerschaft in der Literatur	147
2. Ursprünge des bürgerschaftlichen Leitbildes	149
3. Der Inhalt des Leitbildes der Bürgerschaft.....	150

a.	Die kommunitaristische Perspektive: Bürgerschaft als historische und kulturelle kollektive Identität.....	151
b.	Die liberal-demokratische Perspektive: Bürgerschaft als politische Partizipation	152
c.	Die konstruktivistische Perspektive: Bürgerschaft als individuelle Rechte	153
d.	Fazit	156
III.	Elemente zur Bestimmung eines bürgerschaftlichen Leitbildes und der Perspektive.....	156
1.	Gleichheit	157
2.	Solidarität	159
3.	Integration	160
4.	Partizipation	162
IV.	Untersuchungsgegenstände des folgenden Vergleichs	164
1.	Politische Verhandlungen und rechtliche Grundlagen als Quelle bürgerschaftlicher Elemente	164
2.	Die Methodik des Gerichtshofs der Europäischen Union	165
3.	Dimensionen individueller Rechte	166
V.	Fazit	166
§ 8	<i>Ein Leitbild in den politischen Verhandlungen und dessen Ausdruck in den Dokumenten</i>	<i>167</i>
I.	Das Assoziationsabkommen zur Vorbereitung des Beitritts der Türkei	167
1.	Der Abschluss des Abkommens als Export der Idee der „Europäischen Integration“	168
2.	Das Ziel der binnenmarktrechtlichen Gleichheit durch das Zusatzprotokoll und die Assoziationsratsbeschlüsse.....	170
3.	Die Bürgerschaft türkischer Staatsangehöriger als Beitrittsziel in den Beitrittsverhandlungen	172
4.	Zwischenfazit	172
II.	Die politische Entwicklung der Unions„bürgerschaft“.....	173
1.	Der Ursprung in der Gründungsphase: Die Ziele des Friedens und Wohlstands durch die Europäische Integration	173
2.	Das „Europa der Bürger“: Vom partizipatorischen Interesse zur geförderten Bürgerschaft.....	175
3.	Von Maastricht bis Lissabon: Die Gleichheit der Freizügigen	176
4.	Die sekundärrechtliche Ausgestaltung nach Maastricht: Die Solidarität im nationalen Kontext.....	178
5.	Zwischenfazit	181
III.	Die Migrationspolitik der Europäischen Union als dritter relevanter Politikbereich hinsichtlich eines bürgerschaftlichen Leitbildes.....	181

1. Die Angleichung an die Rechtsstellung von Unionsbürgern auf Sekundärrechtsebene.....	182
2. Die Exklusivität der Unionsbürgerschaft durch die Abgrenzung zu den Drittstaatsangehörigen	185
3. Zwischenfazit	185
IV. Elemente des bürgerschaftlichen Leitbildes des Assoziationsstatus in der politischen Diskussion.....	186
1. Gleichheit	186
2. Solidarität	189
3. Integration	190
4. Partizipation	193
5. Zwischenfazit	194
V. Fazit	195
§ 9 <i>Die Methodik des Europäischen Gerichtshofs als Ausdruck eines Leitbildes</i>	195
I. Die eigenständige Stellung des Europäischen Gerichtshofs im Unions- und Assoziationsrecht	197
1. Die Konfliktsituationen als Organ der Europäischen Union im Unionsrecht	197
a. Der horizontale Konflikt: Das institutionelle Gleichgewicht.....	197
b. Der vertikale Konflikt: Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	199
2. Die Konfliktsituationen als Organ der Europäischen Union im Assoziationsrecht	200
a. Der grundsätzliche Zuständigkeitskonflikt im Assoziationsrecht: Art. 19 EUV und Art. 25 AA	201
b. Der horizontale Konflikt: Das Gleichgewicht zwischen Assoziationsrat und Gerichtshof	202
3. Zwischenfazit	203
II. Die Auslegungsmethoden des Gerichtshofs als Ausdruck eines Leitbildes	203
1. Die Auslegung anhand des unionalen Grundsatzes des „effet utile“.....	205
a. Die unionale Auslegungsmethodik im Vergleich zu nationaler und völkerrechtlicher Methodik.....	205
b. „Effet utile“ als Entscheidungsfindungsgrundsatz in der unionalen Methodik	206
c. Die Anwendung der unionalen Methodik auf das Assoziationsabkommen: Die Auslegungsmaxime als Ausdruck eines Leitbildes.....	207

2.	Die sprachlich parallele Auslegung der Dokumente:	
	Die Gleichheit auf sprachlicher Ebene.....	211
	a. Gleicher Begriff – gleicher Inhalt – gleiches Leitbild?.....	212
	b. Ungleiche Gleichheit durch Diskriminierungsverbote.....	215
3.	Die historische Parallelität als Ausdruck eines Leitbildes.....	217
	a. Die Verweisungstechnik des Gerichtshofs zwischen den	
	Dokumenten.....	217
	b. Die parallele Kontinuität der Rechtsprechungslinien	221
4.	Die Erklärung der unmittelbaren Wirkung einzelner Normen	223
5.	Ein Leitbild durch die Auslegungsmethodik des Gerichtshofs:	
	Ein Fazit	225
III.	Rückschlüsse auf ein bürgerschaftliches Leitbild durch die	
	Methodik des Europäischen Gerichtshofes.....	225
	1. Gleichheit	226
	2. Solidarität	227
	3. Integration	228
	4. Partizipation	230
V.	Fazit	230
§ 10	<i>Gemeinsame inhaltliche Dimensionen: Die Weiterentwicklung</i>	
	<i>vom binnenmarktrechtlichen Ursprung</i>	231
I.	Der gemeinsame Ursprung: Der Binnenmarkt der Europäischen	
	Wirtschaftsgemeinschaft.....	232
II.	Die aufenthaltsrechtliche Dimension	234
	1. Die Ersteinreise und der Arbeitsmarktzugang.....	235
	2. Die Verfestigung des Aufenthalts	238
	3. Der Familiennachzug als Vervollständigung des „primären“	
	Aufenthaltes	243
	4. Zwischenfazit: Die Privilegierung wirtschaftlicher Aktivität.....	248
III.	Die sozialrechtliche Dimension	249
IV.	Die Dimension der politischen Partizipation	254
V.	Das bürgerschaftliche Leitbild des Assoziationsstatus	257
	1. Gleichheit	257
	2. Solidarität	259
	3. Integration	260
	4. Partizipation	263
VI.	Fazit: Ein bürgerschaftlicher türkischer Assoziationsstatus.....	263
§ 11	<i>Die Assoziationsbürgerschaft türkischer Staatsangehöriger.....</i>	264
I.	Die wirtschaftliche Prägung der Assoziationsbürgerschaft	265
II.	Qualitative Unterschiede zur „Marktbürgerschaft“	266

III. Die Bedeutung nationaler Staatsgrenzen im bürgerschaftlichen Assoziationsstatus	268
IV. Fazit: Eine wirtschaftlich geprägte „Wohnbürgerschaft“	268
Kapitel 4: Schlussteil	271
§ 12 <i>Fazit und Ausblick</i>	271
I. Dogmatische Konsequenzen und rechtspolitische Funktionen der Assoziationsbürgerschaft	271
1. Die Funktion der Assoziationsbürgerschaft hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen	271
2. Die sozial-integrative Funktion einer Assoziationsbürgerschaft	272
3. Die individuell-integrative Funktion der Assoziationsbürgerschaft	274
II. Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	276
1. Das Assoziationsrecht EWG/Türkei als Grundlage eines unionsrechtlichen Status türkischer Staatsangehöriger	276
a. Der Begriff des Status als Essenz der Staatsangehörigkeit und der Unionsbürgerschaft	277
b. Unionales Assoziationsrecht als Grundlage eines Status	277
c. Der Assoziationsstatus türkischer Staatsangehöriger aufgrund des Assoziationsabkommens EWG/Türkei	278
2. Die wirtschaftlich geprägte Wohnbürgerschaft türkischer Staatsangehöriger	279
a. Das Leitbild der Bürgerschaft	279
b. (K)Eine politisch geförderte Bürgerschaft	280
c. Der prägende Einfluss eines Leitbildes in der Methodik des Europäischen Gerichtshofes	280
d. Die Weiterentwicklung von den binnenmarktrechtlichen Wurzeln durch die individuellen Rechte	281
e. Der bürgerschaftliche Assoziationsstatus türkischer Staatsangehöriger als wirtschaftlich geprägte Wohnbürgerschaft	281
III. Schlussbetrachtung und Ausblick	282
Literaturverzeichnis	285
Sachregister	311